

## **Antworten auf die Wahlprüfsteine der Deutschen Verwaltungs- Gewerkschaft zur Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt**

### **1) Beschreiben Sie bitte die Position Ihrer Partei zum Berufsbeamtentum. Wie stehen Sie zu der Überlegung der Übertragung der Zuständigkeit im Bereich des Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrechts auf die Bundesländer?**

Die Linkspartei.PDS tritt für die Einführung eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisses für Beamtinnen und Beamte und somit die Gleichstellung aller Statusgruppen ein. Wir unterstützen jedoch uneingeschränkt die Verpflichtung des Staates zur Sorge für seine Bediensteten und lehnen jegliche Eingriffe in soziale Sicherungssysteme der öffentlich Bediensteten ab.

Die Linkspartei.PDS fordert in ihrem Rentenkonzept mittelfristig die Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung, so würden ab einem bestimmten Stichtag alle neu eingestellten Beamtinnen und Beamten zu Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Alle anderen sollen nach unseren Vorstellungen Vertrauensschutz genießen und weiterhin versorgungsberechtigt sein.

Dieses Modell erfordert eine grundsätzliche Änderung des Beamtenrechts einschließlich der weitgehenden Angleichung der Besoldung an den BAT. Bis dahin muss eine Annäherung von Versorgungs- und Rentensystem stattfinden. Gleichzeitig müssen Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes in die Fördervoraussetzungen einer ergänzenden, kollektiven, privaten Altersvorsorge entsprechend dem Altersvermögensgesetz einbezogen werden und steuerlich mit Rentenversicherten gleichgestellt werden.

Die Linkspartei.PDS spricht sich gegen die Zersplitterung der Besoldungsstruktur und Kompetenzverlagerung auf Länderebene aus. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern würde sich weiter vertiefen, die Bezahlung nach Leistungsgesichtspunkten würde durch unterschiedliche Finanzierbarkeitmöglichkeiten in den Ländern konterkariert.

### **2) Für den Bund und die Kommunen ist letztes Jahr ein modernes Tarifrecht im öffentlichen Dienst eingeführt worden. Wie stehen Sie zu der mangelnden Verhandlungsbereitschaft der TdL?**

Die Linkspartei.PDS fordert die TdL auf, den TVöD zu übernehmen und hat dies in der letzten Legislaturperiode auch eingefordert.

### **3) Beschreiben Sie bitte Ihre Position zum Aufbau der Landesverwaltung. Inwieweit sehen Sie noch Bedarf von Reformen im Bereich der Landesverwaltung. Wie sieht die Zukunft des Landesverwaltungsamtes aus?**

Der Ansatz der Linkspartei.PDS geht von einem zweistufigen Landesverwaltungs-aufbau aus. Damit könnte, bei grundsätzlicher Kommunalisierung der Aufgaben, auf das Landesverwaltungsamt als Mittelbehörde und eine Reihe weiterer Landessonderbehörden verzichtet werden. Die derzeitige Tendenz, immer mehr Landesbehörden aus der Fläche herauszuziehen entspricht nicht unserer Vorstellung von bürger- und ortsnahe Verwaltungsstrukturen. Alle Aufgaben, die im

kommunalen Bereich erledigt werden können, sollten auch dort angesiedelt werden. Geprüft werden müssen Entscheidungen über Landesbetriebe. Überhangspersonal sollte in Projektarbeitsgruppen Chancen für interessante Arbeitsaufgaben erhalten.

**4) Betrachten Sie die Kommunalisierung von Landesaufgaben als zwingende Notwendigkeit? Unter welchen Bedingungen würden Sie etwaige Kommunalisierungen befürworten?**

Nach unserer Auffassung sind Aufgaben weitgehend von der Landesebene in die Kommunen zu verlagern, wenn dort eine schnellere und bessere Dienstleistung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und eine effiziente Aufgabenerledigung möglich ist.

Weitere Bedingungen für eine Kommunalisierung sind aus unserer Sicht insbesondere: Eine Kreisstruktur von 5 Regionalkreisen, die Umsetzung des Konnexitätsprinzips und die weitgehende Verpflichtung der Kommunen das Fachpersonal zu übernehmen. Unter diesen Bedingungen betrifft dies u.a. Aufgaben der Forstverwaltung, der Genehmigung der gemeindlichen Bauleitpläne, der Aufstellung und Umsetzung der ILEK, der Dorfentwicklung, der Schulverwaltung aber auch Aufgaben aus den Bereichen Jugend und Soziales sowie Arbeitsmarktpolitik.

**5) In den letzten Jahren war ein enormer Stellenabbau im öffentlichen Dienst Sachsen-Anhalts zu verzeichnen. Wie sehen Sie die derzeitige Stellenausstattung der Behörden im Lande und in welchen Bereichen planen Sie weiteren Stellenabbau?**

Bei dem Umfang der derzeit zu bewältigenden Aufgaben würde eine weitere drastische Reduzierung des Personals auf Kosten der Qualität der Aufgabenerledigung und eines weiteren Anstiegs der Arbeitsbelastung eines erheblichen Teils der Beschäftigten in vielen Bereichen der Landesverwaltung gehen. Allerdings sind Korrekturen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung, neuen Aufgaben und unserer angestrebten Kommunalisierung von Aufgaben zwischen den Bereichen notwendig. Es könnten langfristig Personalentwicklungskonzepte greifen, die einerseits dem bis 2010 sich vollziehenden Pensionierungen und Rentenabgängen entgegenwirken und gleichzeitig notwendige erweiterte Einstellungskorridore für Neueinstellungen eröffnen. Die Linkspartei.PDS setzt sich bei der Verwaltungsmodernisierung und Optimierung der Ablauf- und Aufbauorganisation für eine rechtzeitige und aktive Einbeziehung der Personalräte ein und spricht sich gegen betriebsbedingte Kündigungen aus. Da die Linkspartei.PDS sich für eine qualitative Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung hin zur Bürgerkommune einsetzt, bedingt dies auch eine diesen Ansprüchen gerecht werdende Qualifizierung des vorhandenen Personals sowie eine prinzipielle Neubestimmung des Ausbildungsprofils zukünftiger Verwaltungsangestellter.

Um auch mittelfristig eine den neuen Anforderungen entsprechende Personalbewirtschaftung zu ermöglichen wird die Linkspartei.PDS sich für eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes und klare Personalentwicklungskonzeptionen einsetzen.

**6) Die Beschäftigten haben durch vielfältige Maßnahmen erhebliche Sparbeiträge zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Wie soll es hier weitergehen?**

Angesichts der Haushaltslage des Landes hatte sich die PDS bei der Einführung des Beamtenrechtlichen Sonderzahlungsgesetzes für die Erhaltung des Kinderzuschlags und die eindeutigen Befristung dieser Regelung sowie für eine stärkere soziale Staffelung der Sonderzahlungen zugunsten der unteren Besoldungsgruppen und für eine Verschiebung des In-Kraft-Tretens auf das Jahr 2004 ausgesprochen. Diese Vorschläge sind weitgehend abgelehnt worden. Die Linkspartei.PDS steht, obwohl sich die Haushaltslage nicht grundlegend verbessert hat, zu diesen Vorschlägen. Allerdings sollten die verbliebenen Sonderzahlungen auf eine monatliche Zahlung umgestellt und eine stärkere soziale Ausgewogenheit zwischen den Beamtinnen und Beamten garantiert werden.

Mit dem Strukturreformgesetz hat das Bundeskabinett am 15. Juni 2005 eine grundlegende Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechts für die Beamtinnen und Beamten beschlossen. Wir begrüßen den vorgelegten Gesetzentwurf, der auf der Basis des zwischen der Gewerkschaft ver.di, dem Bundesinnenministerium und dem dbb vereinbarten Eckpunktepapiers „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ erarbeitet wurde. Insbesondere begrüßen wir die Schaffung eines funktions- und leistungsbezogenen Bezahlungssystems, die Flexibilisierung des Laufbahnrechts, die bundeseinheitlich geltenden Regelungen bei Bezahlung und Versorgung, die Experimentierklausel beim Laufbahnrecht und die Abschaffung bürokratischer Hemmnisse z.B. im Personalakten- und Nebentätigkeitsrecht.

Nachbesserungsbedarf sehen wir u.a. bezüglich der Übertragung des Tarifergebnisses auch bei der Einmalzahlung an die Beamtinnen und Beamten und bezüglich der Anspruchsgrundlagen für Beamtinnen und Beamte im Gesetz beim Wechsel einer Funktionsebene. Für die Übernahme der jeweiligen Tarifregelungen werden wir uns einsetzen.

## **7) Beschreiben Sie bitte die Position Ihrer Partei zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen im Land Sachsen-Anhalt.**

Die Tatsache, dass vor allem junge, hochqualifizierte Menschen ihre Lebensperspektive außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt suchen, hält die Linkspartei.PDS für ein komplexes Problem und eine Herausforderung für die Entwicklung des Landes insgesamt. Auch der Zuzug junger Leute wird davon abhängen, in wie weit sie in Sachsen-Anhalt vor allem eine berufliche Zukunft, Chancen für die Verwirklichung ihrer Lebenspläne und für sie attraktive Lebensbedingungen erwarten.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt hat mit der Studie „Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ eine Strategie für die weitere Entwicklung des Landes öffentlich zur Diskussion gestellt. Wir halten hierfür einen Richtungswechsel in der Politik für erforderlich. Sie setzt auf Erneuerung und moderne zeitgemäße Entwicklungswege, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehen. Im Kern geht es uns darum, die Chancen besser zu nutzen, die aus der immer engeren Verzahnung von Innovations- und Emanzipationspotentialen in der modernen Gesellschaft erwachsen können. Dazu gehört vor allem die Stärkung der Bereiche Bildung und Wissenschaft, die Entwicklung einer vorsorgenden Sozialpolitik und die Entfaltung eines breiten demokratischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Der zielgerichtete Ausbau der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen stellt für die Linkspartei.PDS eine zentrale Aufgabe dar. Neben deutlichen Wachstumsimpulsen durch wissenschaftliche Erkenntnisse erwarten wir davon auch eine Erhöhung der Attraktivität der Studien- und Qualifikationsangebote in Sachsen-Anhalt. Dazu

gehören die Beförderung innovativer Studiengänge genauso wie die konsequente Ablehnung von Studiengebühren. Das können wichtige Gründe für den Zuzug junger Leute sein.

**8) Welche Vorstellungen bestehen zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung und besitzen Sie ein Konzept zur Übernahme der Nachwuchskräfte – vordringlich im Bereich der allgemeinen Verwaltung – in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zum Land Sachsen-Anhalt?**

Zur Sicherung einer dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung müssen Ausbildung und Qualifizierung sowie Leistungsbewertung auf folgende Zielstellungen orientiert werden:

- Bürgerorientierung und gesellschaftliche Kooperationsfähigkeit,
- hohe Qualität der Dienstleistungen zur Sicherung der in der Landesverwaltung liegenden Bereiche der Daseinsvorsorge
- Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

Um dies zu gewährleisten ist das Verwaltungshandeln auf Ziel- und Ergebnisorientiertheit, Hierarchieabbau, eigenverantwortliches Handeln und Leistungsorientierung, hohe Qualität der Führungstätigkeit und Mitarbeiterorientierung sowie Dezentralisierung der Verantwortungswahrnehmung auszurichten. Dazu ist das Dienstrecht grundlegend zu modernisieren und mittelfristig zu vereinheitlichen. Ferner sind Beteiligungsrechte des Personals stärker auf Prozess- und Ergebnisorientiertheit auszurichten. Zur Sicherung des Nachwuchses insbesondere im Bereich der allgemeinen Verwaltung müssen Einstellungs- aber auch Nachwuchskorridore verbindlich mit den Tarifpartnern ausgehandelt werden. Auf Grund der Haushaltssituation ist bei der Einstellung bei vorrangiger Orientierung am Leistungsgrundsatz mit befristeten und unbefristeten Einstellungen zu arbeiten.

**9) Welche Vorstellungen besitzt Ihre Partei zur Ausbildung von Nachwuchskräften für Aufgaben im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst?**

Bei der Ausbildung von Nachwuchskräften für Aufgaben im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst hat Sachsen-Anhalt über Jahre eine gute Qualität vorzuweisen. In der nächsten Legislaturperiode ist es dringend erforderlich, eine Rahmenvereinbarung zur Ausbildung von Nachwuchskräften mit den Gewerkschaften und der Landesregierung, unter Mitwirkung des Landtags, zu verabschieden. Die Ausbildung von Nachwuchskräften macht jedoch nur Sinn, wenn über Zielvereinbarungen und ähnliche Instrumente die einzelnen Ressorts und andere Landesverwaltungsstrukturen (z.B. Landesbetriebe) Einstellungs- und Nachwuchskorridore eröffnen.

**10) Welche Position bezieht Ihre Partei zu der Frage der dauerhaften Sicherung der sozialen Sicherungssysteme? Treten Sie für eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung der Selbständigen und Beamten ein? Welche Bedeutung messen Sie der privaten Vorsorge eines jeden Einzelnen bei?**

Das sozialpolitische Programm der Linkspartei.PDS geht davon aus, den Solidargedanken auszubauen. Die über Jahrzehnte bewährte Finanzierungsstruktur

mit dem Prinzip der Beitragserhebung ausschließlich auf Basis der Löhne und Gehälter ist unter den Bedingungen lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit sowie eines seit Jahren sinkenden Anteils der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt an ihre finanziellen Grenzen gestoßen. Deshalb streben wir mittels einer Bürgerversicherung die Ausweitung der Finanzierungsgrundlage an. Eine Erwerbstätigenversicherung für alle soll die Lasten solidarisch auf alle verteilen und auch Abgeordnete, BeamtInnen und FreiberuflerInnen einbeziehen. Weitere Einkommensarten wie Mieten, Pachten und Zinsen sollen zur Finanzierung beitragen. Als weitere Maßnahmen der Gesundheitspolitik strebt die Linkspartei.PDS folgende Schritte an:

- die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
- den Verzicht auf private Vollkrankenversicherung - die Aufgabe der PKV soll sich auf private Zusatzversicherungen konzentrieren,
- die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der paritätischen Finanzierung der GKV durch Versicherte und Unternehmen.

Längerfristig sprechen wir uns für die Einführung des Prinzips einer Wertschöpfungsabgabe aus, um arbeitsintensive Betriebe zu entlasten: Perspektivisch soll durch die Umwandlung des Beitrages der Unternehmen in eine an der Wertschöpfung ausgerichtete Abgabe der Beitrag personalintensiver zu Lasten des Beitrags kapitalintensiver Unternehmen aufwandsneutral gesenkt werden. Das lockert den Druck auf Kosten von Beschäftigung und schafft günstigere Bedingungen für arbeitsintensive kleine und mittlere Unternehmen.

Private Vorsorge ist als ergänzende Säule in der sozialen Sicherung zu werten, da sie letztlich nur von denen betrieben werden kann, die über entsprechende Einkommen verfügen. Im Sinne von gesundheitlicher Prävention ist private Vorsorge von großer Bedeutung, muss jedoch durch Bildung und gesundheitliche Aufklärung befördert werden.

## **11) Welche Bedeutung messen Sie dem bürgerschaftlichen Engagement bei?**

Ehrenamtliche HelferInnen verdienen eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung. Die Linkspartei.PDS hat im Landtag den Beitritt Sachsen-Anhalts zum Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement erwirkt. Im sogenannten neuen Ehrenamt erwachsen andere Herausforderungen als bei den inzwischen hochorganisierten traditionellen Bereichen des Ehrenamtes (z.B. im Sport). Wichtig ist es stärkeres Augenmerk darauf zu richten, wie man den Gruppen Chancen bürgerschaftlichen Engagements einräumt, die bisher weitgehend, aus unterschiedlichen Gründen, davon ausgeschlossen sind. Die Linkspartei.PDS lehnt es jedoch ab, dass staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge aus finanziellen Gründen einfach in den ehrenamtlichen Bereich verlagert werden.

EhrenamtlerInnen brauchen Versicherungsschutz, Anerkennung erbrachter Leistungen in Form von rentenrechtlichen Anwartschaften, Bildungsangebote sowie die Anerkennung von Qualifizierungen als Bildungsurlaub. Es sind Freistellungsregelungen sowie die Steuerbefreiung für Aufwandsentschädigungen nötig. Die Mitbestimmungsrechte ehrenamtlich Tätiger müssen verankert werden. Die beste Voraussetzung für das Ehrenamt ist die eigene wirtschaftliche Unabhängigkeit. Ehrenamtliche Arbeit darf nicht zum Ersatz für bezahlte Arbeit werden. Bezahlte und unbezahlte Arbeit müssen per Gesetz gerechter verteilt werden. Nebeneinkünfte, die im Zusammenhang mit einem Ehrenamt gezahlt werden, müssen beim ALG II anrechnungsfrei gestellt werden.

Die Linkspartei.PDS sieht im ehrenamtlichen Engagement in der Kinder- und

Jugendarbeit einen wertvollen Beitrag, ohne den bestehende Projekte oft nicht in der Lage wären, ihre Arbeit zu bewältigen. Ehrenamt in der Jugendarbeit braucht deshalb entsprechende Anerkennung und Unterstützung. Von zentraler Bedeutung hierbei sind Erhalt und Stärkung hauptamtlicher Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit, denn: Ohne Hauptamt kein Ehrenamt.